

Thomas Greven

Das internationale NETZ der radikalen RECHTEN

Angriff auf die Demokratie
in den USA und Europa



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0680-2

Auch als E-Book erhältlich: ISBN 978-3-8012-7060-5

Copyright © 2026 by

Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH

Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Tel. 0228/18 48 77 -0 | info@dietz-verlag.de

Der Verlag behält sich das Text- und Data-Mining nach § 44b UrhG vor,
was hiermit Dritten ohne Zustimmung des Verlages untersagt ist.

Umschlag: Birgit Sell, Köln

Satz: Rohtext, Bonn

Druck und Verarbeitung: CPI Books, Leck

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2026

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

Inhalt

1. Einleitung	7
2. Die radikale Rechte	18
3. Globalisierung und der Aufstieg der radikalen Rechten	35
4. Kultureller Backlash	54
5. Die Krise der repräsentativen Demokratie	71
6. Grenzüberschreitende Netzwerke der radikalen Rechten	89
7. Das globale hegemoniale Projekt der radikalen Rechten	101
8. Anfänge der grenzüberschreitenden Vernetzung der radikalen Rechten bis 2016	126
9. Die radikale Rechte im Europaparlament	135
10. Europarteien und Thinktanks: Vernetzung über Europa hinaus	158
11. Ungarns Export der »illiberalen Demokratie«	168
12. Schlaglichter der globalen Vernetzung der radikalen Rechten	193
13. Die internationale Vernetzung der radikalen Rechten im geopolitischen Kontext	211

Anhang	231
Bemerkung zum Anhang	232
Edmund Burke Foundation, Ofir Haivry und Yoram Hazony (National Conservatism Conferences)	233
Ungarische Netzwerkakteure: eine Auswahl	237
Die internationalen Netzwerke der radikalen christlichen Aktivisten: eine Auswahl	252
Lateinamerikabezogene Netzwerke: eine Auswahl	264
Literaturverzeichnis	271
Über den Autor	295

1.

Einleitung

Die grenzüberschreitende Vernetzung der radikalen Rechten, lange Zeit angesichts des Ultranationalismus dieser Akteure für wenig aussichtsreich gehalten, ist in die Schlagzeilen geraten. Eine von François-Xavier Bellamy, dem Vizevorsitzenden der konservativen Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament, im Frühjahr 2026 organisierte Chatgruppe zur Organisation einer Mehrheit für eine restriktivere Migrationspolitik schloss auch Europaabgeordnete der AfD ein, die der Rechtsaußenfraktion Europa der Souveränen Nationen (ESN) angehören (Keinberger 2026). Wenn auch der EVP-Fraktionsvorsitzende Manfred Weber (CSU) den »cordon sanitaire«, die Brandmauer, zwischen der EVP und den radikalen Rechten damit nicht verletzt sieht, so ist doch klar, dass Bellamy (Les Républicains, Frankreich) genau diesen Tabubruch angestrebt hat. Das heißt, er will nicht nur Stimmen der radikalen Rechten für eigene Gesetzesvorschläge »in Kauf nehmen«, sondern entsprechende Vorschläge und Abstimmungen mit den radikalen Kräften gezielt vorbereiten.

Es ist noch nicht allzu lange her, dass die AfD selbst dem französischen Rassemblement National (RN) zu radikal war. Vor der Wahl zum Europaparlament 2024 betrieb Marine Le Pen erfolgreich den Ausschluss der AfD aus der Fraktion Identität und Demokratie. Anlass dafür war zunächst ein Treffen von AfD-Politikern mit dem österreichischen Identitären Martin Sellner, bei dem unter anderem aggressive Strategien zur »Remigration« besprochen wurden. Kurze Zeit später brachten die SS verharmlosende Aussagen des damaligen EP-Abgeordneten der AfD, Maximilian Kraus, das Fass aus Sicht des RN zum Überlaufen. Allerdings: Am Treffen mit Sellner hatten auch »radikalisierte Konservative« (Strobl 2021) von CDU/CSU und WerteUnion teilgenommen, so dass es nicht völlig verwundert, dass nun auch von dort aus Bande zur AfD geknüpft werden.

Vor allem aber hat die AfD selbst ihre grenzüberschreitenden Vernetzungsaktivitäten verstärkt, die von den deutschen Medien naturgemäß eher wahrgenommen werden als die bereits seit längerem zunehmenden Bemühungen anderer radikaler Rechten, wie insbesondere der Fidesz in Ungarn. Das American German Institute in Washington, DC, hat eine ausführliche Liste jüngerer transatlantischer Aktivitäten zusammengestellt (AGI 2026). Die verschiedenen Reisen von AfD-Politikern in die USA, beispielsweise von Co-Chef Tino Chruppala zur zweiten Amtseinführung von Donald Trump oder der Reisen von Markus Frohnmeier, außenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, sollten dabei nicht überbewertet werden. Denn zugleich gilt weiterhin die Ansage, auch die Gesprächskanäle zu Russland offenzuhalten, was insbesondere für die weiterhin starken ostdeutschen Kräfte in der AfD Priorität hat. Wichtiger als sporadische Treffen sind konkrete Bemühungen, von der amerikanischen MAGA-Bewegung (»Make America Great Again«), die die Republikanische Partei nahezu übernommen hat, Wahlkampftechniken zu lernen. So hielt Alex Bruesewitz, Social-Media-Berater Donald Trumps, einen Vortrag bei der AfD-Bundestagsfraktion, den Moderatorin Beatrix von Storch auf Telegram begeistert kommentierte: »Die Patrioten vernetzen sich global. Wir kämpfen den gleichen Kampf« (zit. in Haupt 2025a).

Faktisch ist die AfD aber nach wie vor kein besonders relevanter Akteur für die grenzüberschreitende Vernetzung der radikalen Rechten, insbesondere wenn es um den Aufbau institutionalisierter Kooperation geht. Kurz gesagt ist die Partei eher Empfänger von Unterstützung – so ließ das von Elon Musk wiederholt geäußerte Placet für die AfD als einzige Hoffnung für Deutschland »die Herzen vieler Parteimitglieder höher« schlagen (ebd.). Die Hoffnung auf signifikante Wahlkampfhilfe folgt auch aus der expliziten Stoßrichtung der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie der USA, »patriotische Parteien« in Europa unterstützen zu wollen. Damit ist eine größere Rolle für aktivistische Regierungsmitarbeiter vorprogrammiert. So hat der Franko-Amerikaner Jacob Helberg, Abteilungsleiter im US-Außenministerium, Kommunikationskanäle zur französischen radikalen Rechten geöffnet, nicht nur zu Le Pens RN, sondern auch zu Éric Zemmour und seiner Lebensgefährtin Sarah Knafo (MEP, Reconquête; vgl. Nüsse 2026). Und Sarah Rogers, Under Secretary for Public Diplomacy im Außenministerium, koordiniert die Vergabe von Finanzhilfen für europäische Organisationen, unter anderem zur Stützung des Kampfs um

mehr Meinungsfreiheit, der in Wirklichkeit ein Kampf gegen die europäische Regulierung von Digitalkonzernen ist (GPAHE 2026a).

Doch bereits vor Veröffentlichung der US-Sicherheitsstrategie war klar, dass die amerikanischen radikalen Rechten ihre grenzüberschreitenden Aktivitäten nach dem Wahlsieg Donald Trumps 2024 noch einmal verstärken würden. So wurde die erste polnische Ausgabe der Conservative Political Action Conference (CPAC) am 27. Mai 2025 auch als konkrete Wahlkampfhilfe für den von der PiS (Recht und Gerechtigkeit) unterstützten Präsidentschaftskandidaten Karol Nawrocki organisiert. Die Heritage Foundation, ein für die Entwicklung des trump'schen Regierungsprogramms »Project 2025« zentraler Thinktank, hat in mehreren Ländern Europas Organisationen identifiziert, mit denen Partnerschaften institutionalisiert werden sollen, die auch finanzielle Förderung umfassen – so beispielsweise Western Arc in Frankreich und die Free Speech Union in Großbritannien (Mathiesen et al. 2026); GPAHE (2025) dokumentiert frühere »christlich nationalistische« Aktivitäten der Heritage Foundation und ihres Präsidenten Kevin Roberts in Europa, beispielsweise in Spanien mit Organisationen wie der Vox-Partei, den christlichen Organisationen CitizenGo, Centro de Estudios, Formación y Análisis Social (CEU-CEFAS) und PNFV (Political Network for Values), aber auch mit der Mainstream-konservativen Partido Popular.

Die neue Sicherheitsstrategie sichert diesen Aktivitäten nun die tatkräftige Unterstützung der Regierung. So reiste US-Außenminister Marco Rubio unmittelbar nach der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2026 in die Slowakei und nach Ungarn, um dort Wahlkampfhilfe zu leisten – die, wie auch in anderen Fällen wie zur Unterstützung von Javier Milei in Argentinien, auch in Drohung besteht, dass amerikanische Finanzhilfen und Investitionen ausbleiben könnten, wenn die jeweiligen MAGA-Partner nicht gewählt werden (Mayer 2026a). Insbesondere Rubios Reise nach Ungarn, dem »Fantasialand der amerikanischen Rechten« (ebd.) beziehungsweise dem »Laboratorium für illiberale Demokratie« (Zsuzsanna Vegh vom German Marshall Fund, zit. ebd.), zeigt aber, dass es dabei nicht einfach um einen »Export der MAGA-Ideologie« (Meiritz/Schäuble 2025) oder des »Christian Nationalism« (GPAHE 2026b) geht. Denn zum einen ist klar, dass die grenzüberschreitenden Aktivitäten der radikalen Rechten von sehr vielen verschiedenen Orten ausgehen und dass insbesondere Ungarn eine zentrale Rolle dabei spielt. Zum anderen

verfolgt die US-Regierung mit ihrer Sicherheitsstrategie selbstverständlich explizit nationale Interessen, die im Widerspruch zu den Interessen anderer von radikal rechten Parteien regierten Ländern stehen können. Das gilt für die US-Initiative eines »Shield of the Americas«, weil die beteiligten radikal rechten Regierungen aus Lateinamerika – u.a. Javier Milei aus Argentinien, Daniel Noboa aus Ekuador und Nayib Bukele aus El Salvador – wissen müssen, dass es der Trump-Regierung um Hegemonie in ihrer »Einflusssphäre« geht. Mit der »Donroe-Doktrin« soll der alte »Hinterhof« der USA gesichert werden. Und es gilt ebenso für radikal rechte Regierungen und Oppositionsparteien in Europa, die wissen müssen, dass es der Trump-Regierung um die Zerschlagung oder zumindest Schwächung der EU geht, schlicht, weil die USA gegenüber jedem einzelnen Mitgliedstaat ihre Überlegenheit ausspielen können.

Deshalb ist es nicht überraschend, dass es immer wieder auch zu einem »Trump-Backlash« kommt, von dem im Regelfall die jeweiligen Gegner der radikal rechten Parteien profitieren – so wie Mark Carney in Kanada und Anthony Albanese in Australien –, der aber auch dazu führen kann, dass die mit der MAGA-Bewegung sympathisierenden Parteien zumindest ins Grübeln kommen, so wie beispielsweise angesichts der steigenden Öl- und Gaspreise im Zuge des US-israelischen Angriffs auf Iran im Frühjahr 2026.

Hintergrund für diese unvermeidlichen Spannungen zwischen vordergründig befreundeten und programmatisch verbundenen Regierungen ist der nationalistische Kern der Ideologie der radikalen Rechten, der tendenziell zu starken Interessenkonflikten führt, insbesondere, wenn diese Akteure Regierungsverantwortung übernehmen (und wenn, wie von diesen Akteuren gewünscht, internationale Regeln und Vermittlungsinstanzen fehlen). Mit anderen Worten, politische Erfolge der radikalen Rechten, die auf ihre internationale Vernetzung zurückgehen, tragen die Wurzeln des zukünftigen Scheiterns dieser Kooperation bereits in sich. François Mitterand hat es drastisch formuliert: Nationalismus ist Krieg (vgl. Fix 2026 zu den berechtigten Sorgen, die eine regionale Hegemonie Deutschlands bei seinen Nachbarn auslösen würde).

Es liegt nahe, dass aufgrund dieses Befundes die internationale Vernetzung der radikalen Rechten lange Zeit als widersprüchlich und kontraintuitiv betrachtet wurde. In der sozialwissenschaftlichen Forschung hat die Frage nach grenzüberschreitender Kooperation der radikalen Rechten

deshalb auch lange ein Schattendasein geführt. Bestenfalls handele es sich um taktisch-kurzfristige Zweckbündnisse, um »unity in opposition only«. Ausgehend von der These, dass sich diese Sachlage spätestens seit 2016 – insbesondere mit der Brexit-Entscheidung und dem ersten Wahlsieg Donald Trumps – fundamental geändert hat, geht dieses Buch der Frage nach, welchen Stellenwert die grenzüberschreitende Vernetzung heute für die radikale Rechte hat. Mit anderen Worten: Haben wir es inzwischen mit strategisch operierenden Netzwerken zu tun oder sogar mit einer globalen sozialen Bewegung, die auch jenseits der beteiligten nationalen politischen Akteure eine Bedrohung für die liberale Demokratie und die regelbasierte Weltordnung darstellt?

Der empirische Fokus liegt dabei erstens auf Europa und den USA, zweitens auf der physischen europäischen und transatlantischen Vernetzung, (und damit nicht auf der zweifellos wichtigen Vernetzung im Internet und insbesondere in den sozialen Medien) und drittens auf politischen Akteuren, nicht auf der Vernetzung von Rechtsterroristen.

Kurz gesagt, ist die Antwort, die ich im Folgenden herausarbeite: Ja. Der globale Aufstieg der radikalen Rechten ist keine zufällige, parallele Entwicklung in vielen verschiedenen Ländern, sondern wir haben es mit einer im Aufbau befindlichen grenzüberschreitend aktiven sozialen Bewegung zu tun. Die Akteure dieser Bewegung nutzen gemeinsame Frames und Narrative zur Selbstidentifikation und zur Beschreibung ihres »Feindes«; sie bringen eigene Ressourcen für den Aufbau einer internationalen Infrastruktur von Konferenzen und Thinktank-Netzwerken auf; und sie formulieren ein gemeinsames politisches Projekt: die Zerstörung der liberalen Weltordnung und der liberalen Demokratien und ihre Ersetzung durch Systeme größerer nationaler Souveränität, antipluralistischer Hypermajorität (wenn nicht gar offener Autokratie) und der aktiven Durchsetzung traditioneller kultureller Werte. Die Akteure dieser globalen sozialen Bewegung wollen eine fundamental andere Welt, es geht mithin um eine »globale politische Revolution« (Leonard 2026).

Aufbau des Buches

In Kapitel 2 diskutiere ich zunächst, warum ich von der »radikalen Rechten« spreche. Der Begriff soll im Kontext dieser Untersuchung ein großes Spektrum der Akteure umreißen und ist deshalb auch nicht völlig trennscharf: Von radikalisierten Konservativen wie insbesondere den US-Republikanern auf der einen Seite bis hin zu gewaltbereiten Rechtsextremisten auf der anderen, jedenfalls solange diese nicht ausschließlich auf gewaltsamen Umsturz setzen, sondern auch im politischen System konkurrieren. Während die meisten radikalen Rechten großen Wert auf Bezeichnungen wie Konservative oder Patrioten Wert legen, bezeichne ich die Aktivsten unter ihnen als »reaktionäre Revolutionäre«.

Kapitel 3 bis 5 widmen sich den gemeinsamen, grenzüberschreitend wirksamen Triebkräften für den derzeitigen Aufstieg der radikalen Rechten weltweit. Dabei geht es erstens um Verwerfungen und Repräsentationsdefizite im Zusammenhang mit der ökonomischen Globalisierung, zweitens um Verwerfungen des kulturellen Wandels und drittens um eine diffuse Demokratie-, Krisen-, und Transformationsmüdigkeit. Selbstverständlich müssten die nationalspezifischen Ausprägungen dieser Faktoren genauer untersucht werden, um die Erfolge der radikale Rechte (oder gegebenenfalls ihre Schwäche) in den jeweiligen Ländern adäquat erklären zu können. So ist Migration keineswegs überall das eindeutige »Gewinner-Thema« für die radikale Rechte. Die Identifikation der gemeinsamen Triebkräfte ist wichtig, weil sie die Grundlage für die zunehmende grenzüberschreitende Vernetzung darstellen.

Um diese Vernetzung in ihren physischen Ausprägungen zu untersuchen nutze ich den Ansatz der Transnational Advocacy Networks (TAN), den ich in Kapitel 6 erläutere, Überlegungen aus den Theorien sozialer Bewegungen, und die neo-gramscianische Hegemonietheorie, Gegenstand von Kapitel 7. Dabei geht es um folgende Fragen: Haben die Akteure der radikalen Rechten gemeinsame Frames und Narrative zur Selbstidentifikation und zur Identifikation ihrer politischen Gegner entwickelt und wenn ja, welche? Haben sie – jenseits ihrer nationalen Wahlkämpfe – ein gemeinsames politisches Projekt und wenn ja, welches? Sind sie bereit und in der Lage, für den Aufbau einer Infrastruktur zur Verbreitung ihrer Frames und zur Verfolgung ihres politischen Projekts Ressourcen aufzuwenden, und wenn ja, wofür? In den Kapiteln 6 und 7 diskutiere ich auch

einige Widersprüche und programmatische Leerstellen der globalen radikalen Rechten, insbesondere in Bezug auf ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die folgenden Kapitel sind der empirischen Untersuchung dieser Fragen gewidmet.

In Kapitel 8 skizziere ich die Versuche der grenzüberschreitenden Vernetzung der radikalen Rechten bis 2016. Dieses Jahr bringt mit der ersten Wahl Trumps und der Brexit-Entscheidung den entscheidenden Wendepunkt; in der Folge stimmt der Befund einer fortgesetzten Fragmentierung und nur taktischer Bündnisse zunehmend nicht mehr. Die Akteure der radikalen Rechten erkennen, dass einzelne Wahlsiege und auch der nationalistisch motivierte Austritt aus internationalen Organisationen nicht ausreichen, um ihr Ziel größerer nationaler Souveränität zu erreichen. Sie machen dafür eine globale liberale Hegemonie verantwortlich, die es global (und auf europäischer beziehungsweise EU-Ebene) zu brechen gilt. Sie kommen zu dem Schluss, dass es dafür einer globalen Bewegung und eines gemeinsamen gegenhegemonialen Projekts bedarf.

In den Kapiteln 9 bis 12 diskutiere ich, wie die radikale Rechte im Europäischen Parlament, in Europa insgesamt und darüber hinaus gemeinsame Frames und ein gemeinsames Projekt entwickelt sowie Ressourcen in zuvor nicht dagewesenem Ausmaß bereitstellt, um eine internationale Infrastruktur von Konferenzen, Thinktank- und Stiftungsnetzwerken und Medien zu schaffen. Die besten institutionelle Voraussetzungen dafür bietet die Europäische Union (Kapitel 9 und 10), der aktivste Organisator ist Viktor Orbán, der eine extensive Infrastruktur aufgebaut hat, um sein Konzept der »illiberalen Demokratie« zu exportieren (Kapitel 11). Darüber hinaus gibt es zahlreiche weitere international aktive Personen und Organisationen, insbesondere Amerikaner wie Steve Bannon und Matt Schlapp. Deren Netzwerke und ihre Überschneidungen mit teilweise eigenständigen, aber verwandten Netzwerken wie insbesondere den transnational aktiven christlichen Organisationen werden in Kapitel 12 sowie im Anhang dargestellt und diskutiert (aktuelle Informationen zu den Netzwerken auf thomas-greven.berlin). Im Schlusskapitel 13 diskutiere ich die Ergebnisse der Untersuchung im Kontext der derzeitigen geopolitischen Herausforderungen und widme mich schließlich der Frage nach den handlungsleitenden Konsequenzen: Was tun?

Dabei gibt es mindestens einen Lichtblick: Zwar besteht ein erhebliches Motivations- und Mobilisierungsgefälle zum Vorteil der reaktionären

Revolutionäre. Doch unaufhaltsam sind Aufstieg und Sieg der globalen radikalen Rechten sicher nicht. Die nationale politische Bühne bleibt das entscheidende Schlachtfeld, weil an nationalen Wahlerfolgen auch die politischen und finanziellen Möglichkeiten für die grenzüberschreitenden Aktivitäten hängen. Ungarn war neben den USA in den letzten Jahren wohl das wichtigste Land für die internationale Vernetzung der radikalen Rechten. Doch obwohl Viktor Orbán es geschafft hatte, die demokratischen Institutionen und insbesondere das Wahlsystem zugunsten seiner Fidesz-Partei umzubauen (vgl. Mayer 2026b), hat er die Wahl im April 2026 gegen Péter Magyar und seine Partei Tisza verloren. Tatsächlich begünstigte die auf Fidesz zugeschnittene Mischung aus Verhältnis- und Mehrheitswahl den Wahlsieger, der nun über eine Zweidrittelmehrheit im Parlament verfügt. Damit ist ein »polnisches Szenario«, das heißt eine Blockade der Magyar-Regierung durch systemische Hürden und Fidesz-Vetospieler in wichtigen Ämtern, weniger wahrscheinlich. Deshalb kommt es sicherlich zu Einschränkungen für das grenzüberschreitend aktive Netzwerk zur Popularisierung und Verbreitung von Orbáns autoritärem Playbook für eine »illiberale Demokratie«, das nicht zuletzt das Trumpsche »Project 2025« inspiriert hat. Allerdings hat Orbán viel dafür getan, dieses Netzwerk finanziell abzusichern; Organisationen wie das Mathias Corvinus Collegium (MCC) sind weiterhin aktiv. Zudem stehen zahlungskräftige Sponsoren bereit, insbesondere aus den USA.

Mit anderen Worten, die globale Bewegung der radikalen Rechten ist bereits dabei, Orbáns Niederlage zu überwinden. Am gleichen Wochenende im April 2026, an dem in Barcelona über 5.000 Sozialdemokraten zum globalen »Progressive Mobilization Summit« zusammenkamen, um gegen die radikale Rechte zu mobilisieren, trafen sich auch die »Patrioten für Europa«, die EP-Fraktion und Europartei, der neben dem Rassemblement National, der österreichischen FPÖ auch Fidesz angehört. In Mailand schickte sich Matteo Salvini (Lega) an, Orbáns Rolle als europäischer Führer der radikalen Rechten zu übernehmen. Kurze Zeit später machte der frisch gewählte Péter Magyar, noch als Privatmann, seine Aufwartung bei Italiens Premierministerin Giorgia Meloni. Tisza gehört im Europäischen Parlament zur Europäischen Volkspartei, Melonis Fratelli d'Italia zur radikal rechten Fraktion Europäische Konservative und Reformen (EKR). Eine weitere Annäherung der Fraktionen ist wahrscheinlich. Nach Orbáns Niederlage wird es vielleicht schwieriger, eine weitere Conservative Political

Action Conference (CPAC) in Ungarn zu organisieren, als wichtigstem internationalen Ableger dieses ursprünglich amerikanischen Großtreffens der globalen radikalen Rechten. Aber für Juli 2026 ist die erste CPAC in Großbritannien geplant, mit Nigel Farage, dessen Partei Reform UK gerade dabei ist, die britische Politik umzuwälzen.

Vorgeschichte und Danksagungen

Dieses Buch hat eine sehr lange Vorgeschichte. In den späten 1990er-Jahren beschäftigte ich mich intensiv mit der sozialen Dimension der ökonomischen Globalisierung, das heißt, mit Versuchen, die damals nahezu ungebremst voranschreitende Liberalisierung der Weltwirtschaft sozial zu regulieren, beispielsweise mit Vereinbarungen zum Schutz von Arbeitnehmerrechten und Sozialstandards in Handelsverträgen. Diese Versuche werden bis heute unternommen – beispielsweise mit dem Lieferkettengesetz der EU –, aber sie werden von einer Allianz von Konservativen, Wirtschaftsliberalen, neoliberalisierten Sozialdemokraten und eben auch radikalen Rechten erfolgreich bekämpft, das heißt entweder gänzlich verhindert oder stark verwässert. Widerstand gibt es auch aus dem Globalen Süden, weil diese Maßnahmen als Protektionismus wahrgenommen werden.

Die damals in die breite globalisierungskritische Bewegung gesetzten Hoffnungen wurden bald nach der »Battle of Seattle« anlässlich der Ministertagung der Welthandelsorganisation (WTO) 1999 zerschlagen. Schlüsselmoment war der WTO-Beitritt Chinas im Jahr 2001, auf den der erste »China-Schock« folgte, das heißt eine erheblich zugespitzte globale Unterbietungskonkurrenz bei der industriellen Produktion. Lange bevor Migration zu ihrem dominierenden Mobilisierungsthema wurde, wurde die Globalisierungskonkurrenz zum Einfallstor für eine radikale Rechte, sich zum angeblichen Sprachrohr einer unter Druck geratenen Arbeiterschaft zu machen. So basierte Trumps erster Wahlsieg 2016 klar auf seinem Erfolg im von der Deindustrialisierung gebeutelten »Rust Belt« der USA.

Kurz und gut, obwohl sich zunächst mein Forschungsfokus nur leicht in Richtung der Untersuchung grenzüberschreitender Kampagnen von Gewerkschaften bei Auseinandersetzungen mit multinationalen Unternehmen änderte, führte eine Vorahnung zur Gründung eines transatlantischen Netzwerks zur Bekämpfung des Rechtsextremismus im Jahr 2002:

Wenn die sozialökologische Regulierung der Globalisierungskonkurrenz nicht »von links« gelänge, so meine Vermutung, dann würde es früher oder später zu einem Backlash gegen die Globalisierung kommen, und zwar »von rechts«, getragen von der nicht hochschulgebildeten »Arbeiterklasse«. Mit dem WTO-Beitritt erlangte das damals als »Werkbank der Welt« aufstrebende China faktisch eine Vetomacht gegen jeden Versuch einer international wirksamen sozialökologischen Regulierung. Damit stand für mich fest, dass es zu diesem Backlash kommen würde.

Die zweite Motivation für die Gründung des transatlantischen Netzwerks war die Beobachtung meines Freundes und Kollegen Thomas Grumke, dass sich Rechtsextremisten aktiver vernetzten als die mit ihrer Bekämpfung beschäftigten Watchdog-NGOs und die mit ihrer Analyse beschäftigten Sozialwissenschaftler. Unsere Netzwerktreffen fokussierten sich lange auf den Informationsaustausch zu vor allem national tätigen rechtsextremistischen Akteuren, der »lunatic fringe«. Aber während das Netzwerk analog zur wachsenden Bedrohung durch die radikale Rechte in immer mehr Ländern größer wurde, verschob sich dieser Fokus auf zweifache Weise: Zum einen gerieten radikalisierte Konservative in den Blick, insbesondere die US-Republikaner, denen ich ab Mitte der 2000er-Jahre einen Teil meiner sozialwissenschaftlichen Forschung widmete, unter anderem mit Studien zur Tea-Party-Bewegung, Vorläufer der MAGA-Bewegung. Zum anderen forderte die zunehmende grenzüberschreitende Vernetzung der radikalen Rechten mehr Aufmerksamkeit, und zwar weil die veränderte Quantität der Vernetzung in eine neue Qualität umschlug.

Ohne die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Netzwerks hier im Einzelnen zu nennen (traurigerweise: auch zu ihrem Schutz), gebührt ihnen allen mein großer Dank für den seit inzwischen zweieinhalb Jahrzehnten währenden Austausch – ohne die Gespräche, Reflexionen, Informationen, Studien und Kontakte wäre dieses Buch nicht möglich gewesen. Bedanken möchte ich mich zudem bei verschiedenen Referaten und Personen der Friedrich-Ebert-Stiftung, die über viele Jahre hinweg sowohl das Netzwerk als auch meine Forschung zu den US-Republikanern, zur Tea-Party-Bewegung und zur europäischen und globalen radikalen Rechten unterstützt hat. Großer Dank gebührt auch meiner studentischen Mitarbeiterin, Emma Hubbard, und nicht zuletzt den Organisatoren der vielen Veranstaltungen und Konferenzen, bei denen ich Forschungsergebnisse zur Diskussion stellen konnte, und meinen Gastgebern bei Forschungs- und

Vortragsreisen. Leider trifft Thomas Grumkes Beobachtung von 2001 immer noch zu: Bei der grenzüberschreitenden Vernetzung hat die radikale Rechte gegenüber den Verteidigern der liberalen Demokratie und der pluralen Gesellschaft einen erheblichen Vorsprung. Deshalb sei dieses Buch all denen gewidmet, die mit ihrer unermüdlichen und mutigen Arbeit dazu beitragen, diese Lücke zu schließen.